

Aus dem Grossen Rat

Gegen unbedachte Schnellschüsse

Gregor Biffiger, Grossrat SVP, Berikon

Knapp zwei Wochen nach der Katastrophe von Japan beschäftigte sich der Grosse Rat mit der links-grünen Standesinitiative „Ausstieg aus der Atomenergie“. Nach einer leidenschaftlichen Debatte wurde der Antrag von BDP, CVP, FDP und SVP mit fast Zweidrittels-Mehrheit überaus deutlich abgelehnt.

Als Schwager einer Japanerin geht mir das unermessliche Leid besonders nahe, welches das schwere Erdbeben, der nachfolgende Tsunami und die Kernkraftwerk-Katastrophe über die japanische Bevölkerung gebracht haben. Auch mich verunsichern diese Ereignisse in meiner Haltung gegenüber der Kernenergie. Aber in schwierigen Zeiten gilt es erst recht, einen kühlen Kopf zu bewahren, die Lage besonnen zu analysieren und keine voreiligen Schlüsse zu ziehen.

Die Betreibergesellschaft des havarierten Kraftwerks Fukushima stand bereits vor der Katastrophe immer wieder wegen nachlässiger Wartung von Kernkraftwerken in der Kritik. Fest steht auch, dass die atomare Katastrophe durch den Ausfall der Kühlsysteme, also durch ein mechanisches Problem ausgelöst wurde. Klar ist im weiteren, dass sich die eingetretene Situation in Japan (mit einem Erdbeben dieser Stärke und nachfolgendem Tsunami) in der Schweiz in dieser extremen Form nicht ereignen kann. Aber trotzdem gibt es realistische Erdbeben- und Flutszenarien, die auch für die Schweiz denkbar sind. Allfällige Schwachstellen unserer eigenen Kernkraftwerke müssen deshalb schonungslos aufgedeckt und erforderliche Korrekturmassnahmen umgehend eingeleitet werden. Kernenergie verzeiht keine Fehlbeurteilungen, keine Nachlässigkeiten und erst recht keine Schlampereien.

Zahlreiche Politiker aus fast allen Parteien überbieten sich derzeit mit Ausstiegsszenarien aus der Kernenergie. Darunter auch Verwaltungsräte von Energieunternehmen und andere Atomlobbyisten, die man mit gutem Grund als Opportunisten, Wendehälse und Politmarionetten bezeichnen darf. Kaum jemand stellt indes neben der Frage der technischen Sicherheit die ebenfalls wichtigen Fragen nach der Versorgungssicherheit und den künftigen Energiekosten, obwohl für die Bevölkerung und die Wirtschaft diese Fragen letztlich von entscheidender Bedeutung sein dürften.

Der zunehmende Stromhunger in der Schweiz ist nicht zuletzt auch eine Folge der massiven Zuwanderung der letzten Jahre. Der öffentliche Verkehr, die Infrastrukturen im Dienstleistungsbereich und viele andere Anwendungen sind auf grosse Mengen von Strom angewiesen. Davon hängen letztlich Hunderttausende von Arbeitsplätzen ab. Aber auch im privaten Bereich wären die Folgen einer mangelnden Verfügbarkeit und weiteren Verteuerung von Strom dramatisch. Einschränkungen im täglichen Leben, die Gefahr von Stromausfällen und eine massive Verteuerung der Lebenshaltungskosten wären die Konsequenz.

Unsere mittelfristige Energiezukunft ist nicht geklärt. Denn 40 % des gesamten Stromkonsums eines Landes substituiert man nicht von heute auf morgen. Eine ganzheitliche Betrachtungsweise der schweizerischen Energiepolitik ist deshalb unverzichtbar. Dabei spielen sichere Technologien, Versorgungssicherheit, Umweltfreundlichkeit und bezahlbarer Strom eine gleichwertige Rolle. Es braucht nun ein seriöses Abwägen einzelner Handlungsoptionen. Einseitige Schnellschüsse mit gravierenden Folgeschäden für unser Land, die Bevölkerung und den Wirtschaftsstandort sind das Letzte, was wir brauchen können.